

Nr. 03/2012

Mainz, den 28. Februar 2012

„Schließung - Polizeiliegenschaft Schifferstadt in 2013“ ...Info´s kompakt und nicht geschönt!

Das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur beabsichtigt im Jahr 2013 die Schließung der Polizeiliegenschaft der Bereitschaftspolizei in Schifferstadt. Die gesamte Polizeiorganisation wurde letztes Jahr zunächst aus Optimierungsüberlegungen auf den Prüfstand gestellt. Aus Sicht der GdP war es richtig gewesen, die Kernaufgaben und die Organisation der Polizei - auch der Bereitschaftspolizei - zu betrachten. Eine Betrachtung in AG's, bei denen die GdP vertreten war, fand nicht statt. Am 3. November 2011 wurde anfänglich durch das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur ausgeführt, dass eine Prüfung zur Aufgabe der BePo-Liegenschaft in Schifferstadt erfolgen soll. Im weiteren Tagesverlauf kam es dann zu Medienberichterstattungen, dass entschieden wäre, die Liegenschaft für die Polizei aufzugeben.

Hauptthemen der GdP:

...die Aufgabe der Polizeiliegenschaft in Schifferstadt und die veranschlagten Einspareffekte werden ohne eine umfassende **betriebswirtschaftliche Untersuchung mit Folgenabschätzungen** (Verlegung und Unterbringung der Schifferstadter Einsatzhundertschaft am Standort Enkenbach-Alsenborn) in Frage gestellt.

...**Vermarktungseffekte** für den LBB zur Landesliegenschaft in der Stadt Schifferstadt sind ungeklärt.

...eine **polizeitaktische Betrachtung** der möglichen Auswirkungen für das bevölkerungsreichste Gebiet in Rheinland-Pfalz unterblieb völlig.

...ca. **10 % Einsatzzeiten / Einsatzvolumen für das PP Rheinland-Pfalz gehen verloren** bei steigenden Kilometerleistungen und größeren Abnutzungseffekten der Dienstkraftfahrzeuge (Bundeslieferungen).

...**höhere Aufwendungen** für die notwendigen Aufgabenerledigungen für das PP Rheinland-Pfalz von Enkenbach-Alsenborn aus werden befürchtet.

...insbesondere **Reduzierungen und Auswirkungen der Gruppeneinsätze** (582 in 2011) mit fünfstelligen Einsatzstunden als direkte und unverzichtbare Unterstützungen der Bepo für das PP Rheinland-Pfalz.

...**Aufgabe der Bekleidungslieferstelle** als Serviceleister für ca. 2200 Beschäftigte ohne konkreten und kostengünstigeren Alternativen aufzuzeigen. Aufwendungen für dienstliche Bekleidungsempfänger werden steigen. Anschlussüberlegungen sind nicht angestellt und vorliegend.

...**keine direkte Versorgung durch eine Kfz - Werkstatt** für 350 Dienstfahrzeuge des PP Rheinland-Pfalz, 13. BPH, WSP; die seit Jahren sich in Planung befindet. Keine polizeieigene Tankstelle mehr für Notfallversorgungen.

...Raumnutzungen für das PP Rheinpfalz in der Liegenschaft entfallen und müssen anderweitig und sicherlich mit höherem Aufwand organisiert werden.

...und für die GdP besonders wichtig:

Die persönlichen und sozialen Auswirkungen für über 140 PolizeibeamtInnen (derzeit 3 in Teilzeit) und derzeit 12 Tarifbeschäftige (derzeit 7 in Teilzeit), welche dann entweder nach Enkenbach-Alsenborn umgesetzt oder aber anderweitig bei der Polizei beschäftigt werden sollen. Können derzeitige Eingruppierungen/Entgelte durch erforderlich werdende Stellenzuweisungen gehalten werden?

Einige ISIM-Argumentationen im Verlauf der öffentlichen Diskussionen nach dem 3.11.2011:

...Erwartung – Einsparpotential: ca. 400.000 € Miete und ca. 110.000 € Unterhaltskosten.
...für die Folgevermarktung der Liegenschaft Schifferstadt gibt es positive Signale.
...der Einsatzschwerpunkt der Schifferstadter Kräfte liegt im Bereich des PP Westpfalz, bei den Fußballspielen des 1. FC Kaiserslautern und beim PP Mainz bei den Fußballspielen von Mainz 05.
...zur Reduzierung der Folgekosten und der längeren Anfahrtszeit sollen die eingesetzten Kräfte die zu unterstützenden Dienststellen bei den Gruppeneinsätzen von zuhause aus anfahren.

Öffentliche Reaktionen nach dem 3.11.2011 durch:

...GdP-Informationsveranst. und Publikationen und ca. 14.000 Unterschriften aus der Bevölkerung
...verschiedene Besuche aus der Politik in der BP-Liegenschaft Schifferstadt.
...Anfragen an die Landesregierung und Behandlung im Innenausschuss des Landtages
...Resolutionen aus dem regionalen politischen Raum an das ISIM bzw. die Landesregierung
...unzählige Medienberichterstattungen / Leserbriefe aus der Bevölkerung
...GdP-Eingaben und Gespräch (11.1.2012) an und mit Innenminister Roger Lewentz
...GdP-Gespräche mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hendrik Hering
...GdP-Brief verbunden mit einem Gesprächswunsch an Ministerpräsident Kurt Beck (27.1.2012)

Aktuelle GdP-Nachfragen:

Die politische Entscheidung des Innenministeriums zur Schließung der Polizeiliegenschaft Schifferstadt im Jahr 2013 steht derzeit fest! Hierüber haben wir auch nach unserem Gespräch mit Minister Lewentz berichtet.

Entgegen anderslautender Mitteilungen aus dem ISIM vom 3.2.2012 ist der bestehende Vertrag mit der LBB zur Aufgabe der Schifferstadter Liegenschaft lt. aktueller Auskunft des ISIM derzeit nicht gekündigt.

GdP-Bewertungen:

...Einspareffekte werden, ohne umfassende betriebswirtschaftliche Untersuchungen und erforderliche Folgenabschätzungen (auch in polizeitaktischer Hinsicht) angestellt zu haben, in Aussicht gestellt.

...aus Sicht der GdP besteht hier die ganz große Gefahr, dass sich prognostizierte Einsparpotentiale in „Mehrkosten...“ umwandeln und die vorgetragenen GdP-Themen zu Negativaspekten lassen sich auch nicht durch unterschiedliche Argumentationen wegdiskutieren und schönreden.

...rund 14.000 Unterschriften aus der Bürgerschaft zum Erhalt der Polizeiliegenschaft zählen nicht!

...beispielweise ist die ISIM-Argumentation, dass die Kolleginnen/Kollegen die zu unterstützenden Dienststellen bei den alltäglichen Gruppeneinsätzen von zu Hause aus anfahren sollen, organisatorisch und polizeitaktisch nicht möglich und wird in der „Belegschaft“ nur belächelt.

...die GdP gibt zu bedenken:

Nur bei einer zeitnahen Vermarktung dieser „...Schifferstadter Landesliegenschaft...“, mit all ihren vertraglichen zu beachtenden Erfordernissen, würden sich dann auch faktisch Einspareffekte für den Landeshaushalt ergeben. Ob und welche Vermarktungsmöglichkeiten sich der LBB bereits aufzeigen, kann mangels entsprechender Informationen nicht ausgeführt werden. Hier besteht natürlich die Gefahr, dass angenommene Einsparungen zu einer „Luftbuchung...“ verkommen.

...versprochen: Die GdP kämpft und streitet in dieser wichtigen Sache für die Polizei weiter!